

Freie Rundschau Leoben

Bürgermeister Konrad soll angesichts der Pleiten-, Pech- und Pannenbiogasanlage Konsequenzen ziehen

Am 27. 3. wurde zum zweiten Mal in diesem Jahr der Trockner in Betrieb genommen. Seitdem kommt es immer wieder zu unerträglichem Gestank und Lärm in der angrenzenden Wohngegend.

FPÖ gegen Verleihung der Ehrenbürgerschaft

Ehrungen sind kein Geburtstagsgeschenk, argumentierten die Freiheitlichen im Gemeinderat.

Bericht Seite 2

Tourismusverband präsentiert Bilanz für 2012

Erfreuliche Zahlen sollten nicht über Zukunftssorgen hinwegtäuschen.

Bericht Seite 3

Vandalismus wird zu einem immer größeren Problem

Vor allem am Wochenende kommt es zu Verunreinigungen und Sachbeschädigungen.

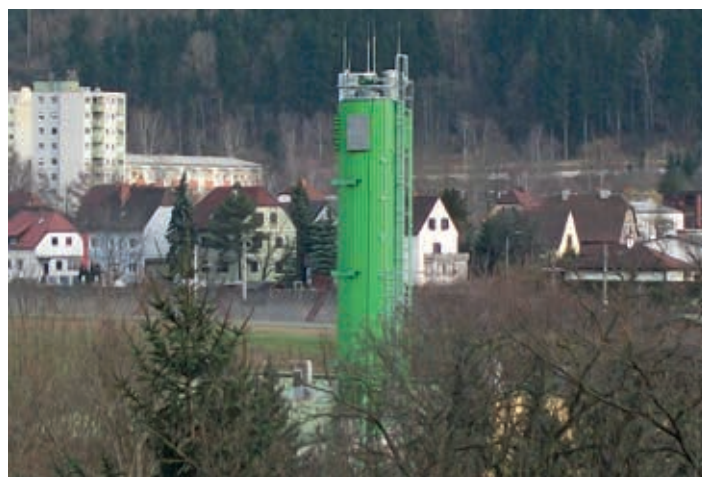
Bericht Seite 4

FPÖ für Bettelverbot

Die Aufhebung des Bettelverbotes macht sich auch in Leoben bemerkbar.

Bericht Seite 5

In der vergangenen Gemeinderatssitzung hat Bürgermeister Konrad die Beschwerden wegen Geruchsbelästigung nach Inbetriebnahme des Trockners noch als Lüge abgetan, da eine im Betriebsgelände anwesende Kommission des Arbeitsinspektorates angeblich nichts gemerkt hätte. Beim 2. Vorfall hat sogar der technische Geschäftsführer Resch zugegeben, dass es gestunken hat. Trotzdem besitzt man die Unverfrorenheit, im Stadtmagazin vom April die **Unterstellung, die Bürger würden die Unwahrheit behaupten**, zu wiederholen. Auch im April kam es wieder zu einem



„Stinktag“, diesmal in Kombination mit massiver Lärmbelästigung in der Nacht. Offensichtlich hat man die Biogasanlage noch immer nicht

im Griff, da notwendige Investitionen aus Geldmangel nicht umgesetzt wurden, wie aus Insiderkreisen zu hören ist. Soll-

Fortsetzung auf Seite 2



Bundes- und Gemeinderat
GERD KRUSCHE

**FRAGEN?
BESCHWERDEN?
ANREGUNGEN?**

Sprechstunde:
Freitag 17.30 – 18.30 Uhr
Kontakt:
gerd.krusche@parlament-gv.at

FPÖ-Bezirksbüro ÖFFNUNGSZEITEN

Mo	8.00 – 12.00
Di	9.00 – 11.00
Do	9.00 – 11.00
Fr	17.00 – 19.00

Franz-Josef-Straße 25
Tel. 0664/312 07 09
leoben@fpoe-stmk.at

ten diese Gerüchte stimmen, müssen die politisch Verantwortlichen endlich die einzig mögliche Konsequenz ziehen: **Zusperrern** – so lautete meine damalige Forderung.

Die Anzeichen für ein baldiges Desaster mehren sich

Mit der verlauteten Einrichtung einer Servicehotline wurde ein vor 2 Jahren gegebenes Versprechen eingelöst. Dieses „atemberaubende“ Tempo wurde anscheinend auch bei der Umsetzung der technischen Sanierungsmaßnahmen vorgelegt. Es ist zu hören, dass der Trockner mittlerweile seinen Geist aufgegeben hat.

Ein weiterer Höhepunkt wurde am 19. April durch einen Transformatorschaden in Verbindung mit Brandgeruch erreicht. Dies passierte just zu einem Zeitpunkt, zu dem Geschäftsführer Schindler aus

dem fernen Ausland verkünden lässt: „Wir sind mit der Biogasanlage jetzt in einer Phase, wo alle Einzelkomponenten aufeinander abgestimmt werden müssen.“ Der Vorfall führte auch zu Lärm und Gestank durch das notwendige Abpumpen der Biomasse. Somit kam auch die Hotline zu ihrer ersten Bewährungsprobe.

Eine der getroffenen Aussagen lautete sinngemäß, es handle sich eben um einen industriellen Betrieb und da sei so etwas ganz normal. Es ist zu bezweifeln, dass damit die gewünschte Beruhigung der Anrainer erreicht wird. Dieses Ereignis wird von uns auch noch in Hinblick auf die Einhaltung aller sicherheitsrelevanter Maßnahmen hinterfragt werden.

Kontrolle wird verweigert

Bedauerlicherweise wurde dem Prüfungsausschuss der Stadt Leoben die **Einsicht-**

nahme verwehrt und damit **ist keinerlei Transparenz** rund um die Vorgänge bei der LE-Gas vorhanden. Weder die betroffenen Anrainer noch die FPÖ und die gesamte Opposition werden sich mit dieser Taktik zufrieden geben.

Seit Jahren wurde eine Verschleierungsstrategie verfolgt und mit Halb- und Unwahrheiten operiert.

Die FPÖ Leoben fordert daher endlich klare Antworten:

- Wie ist die aktuelle finanzielle Lage der LE-Gas GmbH?
- Kann die Anlage unter Einhaltung aller Auflagen und bei Vermeidung von Geruchsbelästigungen jemals wirtschaftlich betrieben werden?
- Welche Kosten würden auf die Stadtgemeinde im Falle einer Schließung zukommen?

- Kann jegliche Beeinträchtigung der Lebensqualität der Anrainer bei ordnungs- und bescheidgemäßem Betrieb ausgeschlossen werden?

Es geht nicht darum, eine erlaubte Anzahl von „Stinktagen“ einzuhalten, sondern Leoben als lebenswerte Stadt für ihre Bewohner zu manifestieren. Nur so können die Ziele des Leitbildes erreicht werden und kann Bevölkerungswachstum an Stelle von Abwanderung treten. **Bürgermeister Konrad muss** endlich den Kopf aus dem Sand stecken und **den Mut zu einer klaren Entscheidung aufbringen**, auch wenn damit das Eingeständnis von vergangenen Fehlern verbunden ist. Dies sollte er sich in Anbetracht der für ihn beschlossenen Ehrungen ganz besonders vor Augen halten!

Bundes- und Gemeinderat
Gerd Krusche

Ehrenbürgerschaft als Geburtstagsgeschenk

Die Verleihung der Ehrenbürgerschaft und des Ehrenringes an BM Konrad wurden in der letzten Gemeinderatssitzung ohne Zustimmung der FPÖ beschlossen.

Zwei Drittel des doppelseitigen Berichtes über die Gemeinderatssitzung vom März im Stadtmagazin beschäftigen sich mit diesen Auszeichnungen an unseren nach wie vor im Amt befindlichen Bürgermeister. Es stellt sich schon die Frage, ob Leoben keine anderen Sorgen hat. Nachdem dieses Thema aber auch breites mediales Echo gefunden hat, möchten wir den Freiheitlichen Standpunkt dazu klarlegen.

Grundsätzlich hat sich Konrad durchaus Verdienste um unsere

Stadt erworben. Er ist im Vergleich zu seinen Vorgängern, deren einziges Ziel es war, die Macht der SPÖ zu sichern und die Stadt mit Konsumgeschäften zu pflastern, kein Verhinderer. Er hat versucht, die Stadt weiterzuentwickeln und Gelegenheiten dazu aufgegriffen und die Umsetzung von Projekten vorangetrieben.

Neugestaltung des Hauptplatzes, LCS und Asia Spa sind einige plakative Beispiele. Dabei hat er oft auch gegen den Widerstand aus den eigenen Reihen ankämpfen müssen und bei Teilen der Opposition mehr Unterstützung gefunden als bei seinen Genossen.

Dies ist besonders bei der Errichtung des Rohstoffzentrums

mit der daraus resultierenden Opferung des Stadtsaales zu Tage getreten. Besonders hervorzuheben ist, dass er die enorme wirtschaftliche Bedeutung der Montanuniversität für Leoben erkannt hat und entsprechende Unterstützung für deren Weiterentwicklung gab und gibt.

Leider hat er, besonders in jüngster Vergangenheit, auch einige Fehler begangen: Die Schließung des Werksbades in Donawitz und sein stures Festhalten am Betrieb der Biogasanlage hinterlassen keinen positiven Eindruck.

Auch die Lohhudelei von Stadtrat Tischhardt diente wohl in erster Linie dazu, sich selbst als potenzieller Nachfol-

ger einzuschmeicheln. Denn nicht jedes neue Geschäft, jeder neue Betrieb und jeder Neubau seit 1994 ist ausschließlicher Verdienst des Bürgermeisters.

Alles in allem ist die FPÖ der Meinung, Konrad sollte diese Auszeichnung erhalten, aber nicht als Geburtstagsgeschenk zu seinem 70er, sondern nach Amtsübergabe an seinen Nachfolger.

Diese hohe Ehrung sollte auf einer Beurteilung seiner gesamten Tätigkeit als Bürgermeister basieren und nicht zu einem mehr oder weniger willkürlichen Zeitpunkt erfolgen.

Daher haben die Freiheitlichen diesen Antrag abgelehnt!



Ist Leoben eine Tourismusstadt?

Großer Jubel herrschte bei der Vollversammlung des Tourismusverbandes über Nächtigungsrekord.

91.000 Nächtigungen im Jahr 2012 und ein angepeiltes Ziel von 100.000, so berichtete der Geschäftsführer Anton Hirschmann voll Stolz. An die 20% davon entfallen auf den Kongress-tourismus. Die Tatsache, dass fast 42% aller Nächtigungen im Falkensteiner Hotel Asia Spa getätigt werden, zeigt deutlich die Abhängigkeit des Tourismus in Leoben von einem attraktiven Bettenangebot. Eine aktuelle Studie, die Leoben als touristisch relevante Stadt einstuft, bestärkt die Verantwortlichen in ihrem Optimismus. Alles eitel Wonne also?

Unsicherheit über Kongresszentrum als Gefahr für positive Entwicklung

Die Tourismusverantwortlichen wiesen auch eindringlich

auf die Ungewissheit über die Zukunft des Kongresses Leoben hin. Die bestehenden Räumlichkeiten im „Alten Rathaus“ sind in die Jahre gekommen und eröffnen auch mit ihrer Kapazität keine Wachstumschancen.

Bürgermeister Konrad eiert schon länger in dieser Sache herum und denkt manchmal laut nach. Einmal wollte er das Rathaus wieder an seinen alten Standpunkt verlegen, ein anderes Mal gewinnt man den Eindruck, er würde alles am liebsten an Treu verkaufen, damit das LCS unbegrenzt wachsen kann. Jetzt ist eine Studie zu diesem Thema in Auftrag gegeben worden, von der niemand weiß, wann die Ergebnisse vorliegen werden. Eines scheint allemal klar: Keine Lösung wird gratis sein, aber **rasche**

Entscheidungen sind notwendig, um potenzielle Kunden nicht zu verunsichern. Einer der Lieblingssager von Konrad lautet ja: „Die Schnellen fressen die Langsamen“. Dieses Motto sollte er auch nach der Verleihung der Ehrenbürgerschaft weiter beherzigen!

Das drohende Aus für die Erzbergbahn wäre ein weiterer Rückschlag

Bereits in der Juni-Ausgabe der **Freien Rundschau Leoben** wurde ausführlich berichtet. Das Moratorium der ÖBB für den Verkauf der Bestandsstrecke von Trofaiach bis Vordernberg wurde mittlerweile bis 31. Mai des heurigen Jahres verlängert.

Vom Verein wurde ein Betriebskonzept ausgearbeitet, aber von den im Land Verant-

wortlichen „Reformpartnern“ ist bis heute nichts zu hören. Ein Ende der touristischen Nutzung wäre ein weiterer herber Rückschlag für die Region.

Fazit aus Sicht der FPÖ

Der Tourismus ist sicherlich ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für Leoben. Ohne beharrlicher Arbeit und ständiger Angebotserweiterung wird dieser Zweig aber – auch in Anbetracht zunehmender Konkurrenz – stagnieren oder gar einbrechen.

Die Kernkompetenz Leobens muss auch zukünftig im produzierenden Gewerbe und bei Dienstleistungen im Hochtechnologiebereich liegen. Nur damit kann langfristig Ausdünnung und Abwanderung vermieden werden.

Frankfurter Schule oder warum wir so ticken wie wir ticken

Frankfurter Schule, eine neue Bildungseinrichtung? Weit gefehlt! 1924 als „Institut für Marxismus“ in Frankfurt gegründet, wurde es alsbald in „Institut für Sozialforschung“ umbenannt und Teil der Universität. Das Institutsziel: Transformation des Marxismus von der ökonomischen auf die kulturelle Ebene. Die Folgen: Gender, Political Correctness und Gesinnungsterror.

Wie konnte das geschehen? 1919 stellte sich für die Kommunisten die Fragen, warum haben sich die Arbeiter in den Industrienationen zu Beginn des Ersten Weltkrieges nicht gegen ihre Regierungen erhoben und aus welchem Grund das nationale Bewusstsein größer als das Klassenbewusstsein war. Die Lösung des „Institut für Sozialforschung“ war, dass die westliche Kultur die Arbeiterklasse blind gemacht hatte gegenüber ihren wahren marxistischen Klasseninteressen. Daher musste zuerst die westliche Kultur zerstört werden, bevor eine marxistische Revolution stattfinden konnte.

Fortsetzung folgt

eine Serie von
Dr. J. Mogeritsch

Ordnung schaffen

Komasaufen, Jugendbanden und fehlende Polizei sorgen vermehrt für Unbehagen in Leoben

Sicherheit und Ordnung werden immer mehr zum Thema

Regelmäßig sind die Naherholungsgebiete der Leobener, Glacis- und Gärnerpark, sowie Kinderspielplätze mit Müll, Unrat und Glasscherben übersät. Umgestürzte Mistkübel und verbrannte Abfalleimer ziehen sich wie ein roter Faden von der Leobener Innenstadt über Judendorf nach Seegraben. Eine Spur, die manche Jugendliche, aber auch Erwachsene nach deren nächtlichen Sauf Touren dort hinterlassen. Nicht selten kommt es vor, dass noch am frühen Morgen Parkbesucher von Betrunknen angepöbelt werden. Schon viele Leobener Bürger haben sich über die Situation beschwert. Obwohl es sich bei den Störenfriede nur um eine Minderheit handelt, kommt es leider durch solch unliebsame Vorfälle oft zu einer ungerechtfertigten, aber durch den momentanen Ärger verständlichen Pauschalverurteilung unserer Jugend.

FPÖ für mehr Sicherheit

Mehrmals stellte daher die FPÖ-Gemeinderatsfraktion den Antrag, ein **allgemeines**



Alkoholverbot auf Spielplätzen und Parkanlagen zu erlassen, um damit der Polizei die Möglichkeit des Eingreifens zu geben. Der Schutz der Jugend, ein sauberes Stadtbild und weniger Kosten für die Müllbeseitigung wären die Folge. Ein langfristiger Erfolg für die Gemeinschaft. Leider ist die Leobener Polizei personell unterbesetzt, da die Anzahl der Planposten bei weitem nicht besetzt ist. Ein Alkoholverbot sei daher nicht kontrollierbar – so wurde argumentiert. Daher wurden die **Anträge der FPÖ** mit den Stimmen von SPÖ, KPÖ und Liste

Reiter abgelehnt. Nur die ÖVP folgte der Linie der FPÖ. Auch die von uns mehrfach geforderte Ordnungswache wurde nach kurzer Zeit wieder klammheimlich abgeschafft.

SPÖ kapituliert vor Gewalt und Zerstörungswut

So müssen also die Leobener weiterhin mit derartigen Zuständen leben, weil Bürgermeister Konrad der Meinung ist, dass die Polizei nicht in der Lage ist, Verbote zu kontrollieren und für Sicherheit im öffentlichen Raum zu sorgen. Gerade kürzlich sprach sich Konrad wieder gegen die Anregung aus, in der LKH-Unterführung einen Spiegel anzubringen, um eine bessere Einsichtsmöglichkeit zu gewährleisten. Sein Argument: Der Spiegel würde in kürzester Zeit Vandalenakten zum Opfer fallen. Eine solche Einstellung verurteilen wir **Freiheitlichen** auf das Schärfste – wir **sind nicht bereit, vor Gewalt zu kapitulieren** und eine solche Bankrotterklärung unserer Gesellschaft hinzunehmen!



Bettelei gehört wieder zum alltäglichen Straßenbild

Nach Aufhebung des Bettelverbots in der Steiermark sind Bettler auch in Leoben wieder allgegenwärtig.

Wir Freiheitlichen bleiben daher bei unserer **Forderung nach einem flächendeckenden Bettelverbot**, weil nur dieses sicherstellt, dass in der Steiermark der organisierten Bettelmafia ein Riegel vorgeschoben wird, der Menschen- und Kinderhandel unterbunden und das schmutzige Geschäft mit dem Mitleid der Steirer ein Ende findet. Gänzlich unverständlich finden wir die Ansicht von Pfarrer Pucher, dass das Vortäuschen einer Behinderung „verständlich“ sei. Dadurch wird die Hilfsbereitschaft der Menschen schamlos ausgenutzt. Sich durch Täuschung einen Vorteil zu verschaffen, ist hart an der Grenze zu einer Straftat.

Daten & Fakten zur Bettelei

Die Bettelei ist nach einem mafiaähnlichen System organisiert. In vielen steirischen Städten hat man sich an den Anblick bettelnder Menschen gewöhnt. Dass diese Menschen jedoch nicht freiwillig betteln, sondern in den Fängen skrupellos agierender krimineller Organisationen stecken, wird oft übersehen bzw. bewusst verschwiegen. Dies bestätigt auch Polizeioberst Gerald Tatzgern vom Bundeskriminalamt gegenüber der Kleinen Zeitung, der Einblick in das dunkle Geschäft mit den Bettlern gibt:

- „Die meisten Bettler werden von den Hintermännern in Rumänien angeheuert und an Zwischenhändler in Österreich verkauft. Je schwerer die Behinderung eines Bettlers, desto höher ist der Preis. Für einen geistig behinderten Roma, dem beide Beine am-



putiert worden waren, verlangte der rumänische Capo vom zuständigen Chef in Österreich 4000 Euro.“

- „Die Bettler bekommen ca. 100 Euro monatlich, sichern mit ihren ‚Einkünften‘ den Hintermännern jedoch ein fettes Einkommen. 20.000 bis 30.000 Euro kassierten Monat für Monat die Hintermänner jener Bettlerorganisation, die in Wien zerschlagen wurde.“

Der Leiter der Sicherheits- und kriminalpolizeilichen Abteilung in Graz, Dr. Gerhard Lecker, bestätigte bereits 2007 „dass in Graz ähnliche Strukturen wie in Wien aufgebaut sein könnten“.

Wer spendet unterstützt Kriminelle und deren Strukturen

Die Vize-Vorsitzende des UNICEF-Deutschlands rät von

Spenden an Bettler ab, da sie das Geld nicht behalten dürfen, sondern an übergeordnete Hintermänner abliefern müssen. „Da ist man gut beraten, kein schlechtes Gewissen zu haben und nichts zu tun“, so Maria von Welser vom UNICEF Deutschland. Ein in Deutschland lebender Roma, der für eine rumänische Menschenrechtsorganisation arbeitet, stellt klar: „Man sollte nichts geben, definitiv nicht! Weil man eben nicht irgendwelchen Kindern oder alten Frauen hilft, sondern letzten Endes einen Mafiatypen unterstützt, einen Kriminellen.“

Die Tricks der Bettler

Der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) hat auf seiner Homepage die Tricks der Bettler dokumentiert. Hierbei geht eindeutig hervor, dass Behinderungen und Verstümmelungen oft nur vorgetäuscht und ge-

spielt werden. Auch in Graz wurde durch eine Wochenzeitung ein solcher Fall dokumentiert: ein scheinbar gehbehinderter rumänischer Rollstuhlfahrer wurde – als er sich unbeobachtet fühlte – zu einem völlig normalen Fußgänger. Unter der Vorspiegelung falscher Tatsachen soll das Mitleid von Passanten erregt und die Spendenbereitschaft dadurch erhöht werden.

Freiheitliche Argumente für ein Bettelverbot

Die Steiermark braucht ein Bettelverbot, weil

- die organisierte Bettelkriminalität eine dramatische Form des Menschenhandels und der Ausbeutung ist. Kranke, geistig und körperlich behinderte Personen sowie Kinder werden durch die Abhängigkeit zu ihren Hintermännern ausgenutzt und missbraucht.
- das UN-Kinderhilfswerk UNICEF in seinem Bericht bereits 2007 festgestellt hat, dass die organisierte Bettelkriminalität einer der Hauptgründe für einen bestehenden Menschen- und Kinderhandel in Österreich ist.
- Touristen, Gastwirte und deren Kunden, Geschäftsleute sowie Passanten sich durch bettelnde Kinder belästigt fühlen.
- ein flächendeckendes Bettelverbot ein geeignetes Mittel ist, um den Kinder- bzw. Menschenhandel zu unterbinden.
- durch ein flächendeckendes Bettelverbot kriminell organisierten ausländischen Gruppierungen der Nährboden für ihr menschenverachtendes Geschäft mit der Armut entzogen wird.

SPÖ und ÖVP beharren auf unsozialen Angehörigenregress im Pflegebereich, SPÖ-Lercher vor Abstimmung plötzlich „entschuldigt“

Im Rahmen einer dringlichen Anfrage forderten in der letzten Landtagssitzung alle drei Oppositionsparteien im Landtag die Abschaffung des seit August 2011 eingeführten Pflegeregresses in der Steiermark. FPÖ-LAbg. Hannes Amesbauer: „Mit ihrem heutigen Abstimmungsverhalten hat die SPÖ ihr soziales Gewissen begraben und die ÖVP als Familienpartei endgültig versagt. Nur auf den Bund zu warten, bis dieser sich zu einer Lösung durchringen kann, ist zu wenig. Die Steiermark hat es selbst in der Hand, den Angehörigenregress abzuschaffen und das ist dringend notwendig, denn der

Regress ist ungerecht, unsozial und familienfeindlich. Zudem deckt er nur zwei Prozent der anfallenden Kosten im Pflegebereich, der Kosten-Nutzen-Effekt ist daher keineswegs gegeben, für die betroffenen Angehörigen stellt der Regress jedoch eine enorme Belastung dar“, so der Freiheitliche.

Symptomatisch für die Zerrissenheit der SPÖ in dieser Frage ist der Umstand, dass SPÖ-Abgeordneter Max Lercher sich unmittelbar vor der Landtagssitzung entschuldigen ließ und somit der Abstimmung fernblieb. „20 Minuten vor Sitzungsbeginn war Lercher noch

im Landhaus zugegen, für die Landtagssitzung selbst war er plötzlich entschuldigt. Offensichtlich wollte er sich heute vor einer unliebsamen Abstimmung drücken. Der Pflegeregress trifft vor allem die junge Generation, ich fordere Max Lercher daher auf, als Jugendsprecher klar Stellung zu beziehen“, so Amesbauer.

Klar abgelehnt wird von den Freiheitlichen der Grüne Vorstoß, den Pflegeregress durch eine Erbschaftsteuer zu ersetzen. „Eine bestehende Belastung durch eine andere zu ersetzen, bringt uns nicht weiter. Wir fordern daher die Zweck-



bindung der Sozialausgaben zugunsten der Einführung einer verpflichtenden Pflegeversicherung. Zu glauben, dass mit dem Regress die Kostenexplosion im Pflegebereich eingedämmt werden kann, ist mehr als illusorisch. Die Abschaffung des Regresses ist daher das Gebot der Stunde“, so Amesbauer abschließend.

FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI
www.fpoe.at

An die ABKASSIERER in der EU & der österreichischen Regierung:

FINGER WEG vom GELD der SPARER

Zypern war nur die Probe. Dank JA von SPÖ, ÖVP & Grünen zum ESM-Vertrag kann es jederzeit auch Österreich treffen!

FPÖ-HC Strache steht für:

- ☑ **Verfassungsschutz** für österr. Spareinlagen
- ☑ **Verbot eines Auszahlungsstopps** durch Banken
- ☑ **Volksabstimmung** über ESM und Verbleib im EURO-Raum

GESCHLOSSEN NACH PLAN DER EU
BANK
SPARBUCH
ABKASSIERT NACH PLAN DER EU
AUSSER BETRIEB NACH PLAN DER EU

WIR für Österreichs Sparer!

2013 hcstrache.at
facebook.com/hcstrache

Hundesteuer statt Hundewiese

Mit fadenscheinigen Argumenten wurde der FPÖ-Antrag auf eine Hundewiese im Leobener Stadtgebiet von SPÖ, KPÖ und BLW Reiter abgelehnt. Nur die ÖVP, die einen ähnlichen Antrag einbrachte, unterstützte uns in diesem Vorhaben. Von SPÖ-Seite wurde betont, dass man in Leoben von jedem Punkt aus in nur 5 Minuten den Wald erreichen könne; dass freilaufende Hunde im Wald erschossen werden dürfen, ist anscheinend den Verantwortlichen unbekannt. Das weiß zwar jeder Hundebesitzer, aber nicht unser Herr Bürgermeister.

Stattdessen wurde nun von den rot-schwarzen Reformberatern die **Hundesteuer** landesweit und damit auch **in Leoben erheblich erhöht**. Der Hund als

treuer Begleiter des Menschen bekommt daher keine Hundewiese, um artgerecht gehalten zu werden, sondern wird für eine Abzocke genützt.

FPÖ kämpft im Land gegen Abzocke bei Hundebesitzern

Die Freiheitlichen beantragten im Gemeindeausschuss des Landtages die Rücknahme des neuen Hundeabgabegesetzes. Für die FPÖ hätte das neue Hundeabgabegesetz bessere Rahmenbedingungen für die Hundehaltung in den Gemeinden mit sich bringen sollen.

Dieses Ziel konnte die neue Regelung aber nicht sicherstellen, vielmehr hat sie einer völlig unsachlichen Erhöhung Tür und Tor geöffnet. Auch in Le-



Foto: Fotografie, „Rauferei“, CC-Lizenz <http://creativecommons.org/licenses/by/2.0/de/deed.de>

oben steht der Abgabe keine Leistung gegenüber. Seit Inkrafttreten des neuen Gesetzes wurden mehr Hunde in Tierheimen abgegeben, da die finanzielle Belastung für viele Hundebesitzer schlichtweg zu groß scheint.

Die **FPÖ-Leoben fordert** daher die SPÖ-Mehrheit im Gemeinderat auf, endlich **konkrete Schritte zu Errichtung einer Hundewiese** zu setzen, damit den Gebühren wenigstens irgendeine Leistung gegenübersteht.

Kein Geld für Soziales, aber Füllhorn für hinterfragenswerte Förderungen

Der Förderbericht des Landes für das Jahr 2012 wurde am Donnerstag von den Reformpartnern im Land abgesehen. 336 Förderprogramme ließ das Land mit exakt 1.006.876.045,53 Euro fördern. FPÖ-Klubchef Georg Mayer: „Es ist völlig unverständlich, warum das Land in Zeiten des großen Sparens über eine Milliarde Euro nur für Förderungen verpulvert.

Hier wird nach dem Gießkannenprinzip vorgegangen, anstatt echte Bedarfslücken zu decken. Wir beantragen in der nächsten Landtagssitzung diese Förderungen auf ihre tatsächliche Notwendigkeit vom Landesrechnungshof überprüfen zu lassen“, so Mayer, der darauf verweist, dass das Land auch die venezolanische U18-Fußballmannschaft in der Steiermark förderte.

Exakt 1.246.465,82 Euro gibt das Land für die Flüchtlingshilfe in der Steiermark aus. „Doch das ist noch lange nicht alles. Im Integrationsbereich züchteten SPÖ und ÖVP in den letzten Jahren ein Sammelbecken von unterschiedlichen Integrationsvereinen, die mit großzügigen Förderungen bedacht werden“, so Mayer. Der Freiheitliche konkret: „Allein der Integrationsverein ISOP



hat im letzten Jahr über eine Million Euro an Förderungen erhalten. Das Afro-Asiatische-Institut wurde mit 143.738, der Asylwerberverein ZEBRA mit über 181.875, der Migrantenverein IKEMBA mit 136.609 und die ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus mit über 225.565 Euro bedacht. Die Steiermark leistet sich ein Ausländervereinswesen, das einem sozial-industriellen Komplex gleichkommt. Integration ist eine Bringschuld jener Menschen, die zu uns kommen und nicht eine Zahlungsverpflichtung des steirischen Steuerzahlers“, kritisiert Mayer die Höhe der Förderungen.



Rosen zum Valentinstag und Eier zu Ostern



Es ist mittlerweile schon Tradition geworden – die FPÖ Stadtpartei verteilt zum Valentinstag Blumen und Ostereier in der Karwoche. Beide

Aktionen waren ein voller Erfolg und innerhalb von jeweils 2 Stunden wurden die nicht unerheblichen Mengen unter das Volk gebracht!

Daniel Geiger als Rosenkavalier im Schneetreiben



BR GR Krusche, GR Geiger GR a.D. Raubitsek und Fr. Krusche mit den blauen Eiern

Bezirksparteitag der FPÖ Leoben

Beim ordentlichen Bezirksparteitag der Freiheitlichen am 6. April wurde Dr. Grollitsch als Obmann bestätigt und Bundes- und Gemeinderat Krusche wieder zu einem seiner Stellvertreter gewählt. Das Mitglied der Stadtpartei Leoben Dipl.-Ing. Wolfgang Kraushofer für seine bereits 25 Jahre währende Treue geehrt.



Dipl.-Ing. Kraushofer wird vom LPO Dr. Kurzmann geehrt.

Roland Krusche ist neuer Obmann des RFJ

Beim ordentlichen Bezirksjugendtag des Ringes Freiheitlicher Jugend (RFJ) wurde der

Leobener Roland Krusche einstimmig zum neuen Obmann gewählt.



BR GR Krusche, NR Zanger, Stadtparteiobmann Dr. Mogeritsch und GR Geiger



Der neue Obmann (Mitte) mit Mitgliedern, LAbg. Amesbauer und BR Krusche